

## Die Reichswaldsiedlungen bei Kleve: Ergebnis der Konfrontation deutscher und niederländischer Kolonisationspläne nach dem Zweiten Weltkrieg?\*

"Eerst op den langeren duur zullen de gevolgen van den oorlog zichtbaar worden, en zullen dan het object van studie voor den geograaf kunnen vormen."<sup>1</sup>

Am unteren Niederrhein bei Kleve und Kranenburg an der niederländisch-deutschen Grenze liegt der Reichswald, rund 5.200 ha groß und damit die größte zusammenhängende Waldfläche der Region. In der heutigen Zeit spielt der Reichswald als Naherholungsgebiet eine wichtige Rolle, hat allerdings auch für den Naturschutz eine wichtige Funktion und ist außerdem im zentralen Teil noch Holzlieferant. Der Erholungswert ist von der malerischen Lage am Stauchmoränenrand begünstigt, er wird jedoch durch die seit dem 19. Jahrhundert existierende rechteckige Schlagverteilung beeinträchtigt.

Vor knapp einem halben Jahrhundert hatten Erholung und Naturschutz im Walde recht wenig Bedeutung, als am Ende des Zweiten Weltkrieges die deutsche Wehrmacht von den westalliierten Streitkräften dazu gezwungen wurde, ihr eigenes Territorium gegen feindliche Angriffe zu verteidigen; eine Aufgabe, der sie trotz jahrelangen Angriffskrieges zunächst noch gewachsen war. Seitdem die alliierten Streitkräfte im September 1944 die Schlacht bei Arnheim verloren hatten und deswegen nicht den Rhein überqueren konnten, lag die Westfront etwa fünf Monate am Westrand des Reichswaldes. Im Februar 1945 wurde der alliierte Ostfeldzug durch den Reichswald fortgesetzt, was auf heftigem Widerstand seitens der Deutschen stieß. Durch wochenlange Gefechte wurde der Baumbestand insbesondere im Westteil des Waldes erheblich getroffen. Nach dem Krieg wurden in Deutschland Lebensmittel zur Mangelware. Um die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu vergrößern, wurde die Gewinnung von Grund und Boden vorangetrieben. Nicht nur die heimische Bevölkerung, auch die vielen Vertriebenen aus den verlorenen Ostgebieten mußten ernährt werden. Deswegen kam man auf die Idee, einen Teil der im Krieg zerstörten Fläche des Reichswaldes endgültig abzuholzen und durch Aufsiedlung für landwirtschaftliche Nutzung freizugeben.

---

\* Dr. Jan Smit ist Dozent an der Katholieke Universiteit Nijmegen und hielt auf Einladung des Zentrums für Niederlande-Studien und des Instituts für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität im Rahmen einer Gastprofessur im Wintersemester 1991/92 am 12. Februar 1992 eine Abschiedsvorlesung zum oben genannten Thema.

<sup>1</sup> H.J. KEUNING, *Het Nederlandsche volk in zijn woongebied*, Den Haag 1947, S. 535f.

In diesem Beitrag sollen der Prozeß der Reichswaldbesiedlung sowie dessen Ursachen erörtert werden. War sie als Beitrag zur Linderung des Nahrungsmitteldefizits oder wohl als Vertriebenenhilfe gedacht. War der Standort durch die Kriegsschäden bedingt oder spielte auch Außenpolitik eine Rolle, insbesondere die Bestrebungen der Niederländer, als Ausgleich für den Kriegsschaden deutsche Grenzgebiete zu annektieren? Warum wurde Kolonisation als politisches Instrument benutzt? Zuvor sollen die Geschehnisse im zukünftigen Siedlungsgebiet unmittelbar vor der Besiedlung, also während des Zweiten Weltkrieges und kurz danach, gestreift werden. Der weitere Beitrag wird sich in einen Teil über die Ideenbildung und einen über die Verwirklichung des Siedlungsprojekts gliedern.

## 1. Entstehungsgründe der Reichswaldsiedlungen

### 1.1. Rückgang des Holzbestandes bis zur Besiedlung

Jahrhundertlang war das Gebiet des heutigen Reichswaldes und dessen Umgebung mit Holz und Heide bewachsen. Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts wurden Teile des Landes gerodet und kultiviert. Die Gocher Heide wurde damals von Bewohnern aus dem südlichen Hunsrück besiedelt, als die Dörfer Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf gegründet wurden.<sup>2</sup>

Bis zum Zweiten Weltkrieg ist das Gebiet zwischen Kleve, Kranenburg und Goch jedoch Waldland geblieben; am Südrand wuchs die Fläche durch Aufforstung von Heide noch weiter an, so daß der Reichswald 1939 insgesamt 6.900 ha groß war. Der Holzbestand änderte sich im Laufe der Zeit: aus einem den natürlichen Verhältnissen entsprechenden vielfältigen Laubwald wurde ein ziemlich monotoner Nadelwald, der an nur wenigen Stellen von Eichen und Buchen unterbrochen wurde. In der Nähe von Kleve jedoch hatte der Wald wegen der schon im 16. Jahrhundert von Johann Mauritiz von Nassau angelegten Parkanlagen seinen landschaftlichen Reiz behalten und hatte hier besonders großen Erholungswert. Im weiteren diente der Reichswald fast ausschließlich der Holzzeugung; zur ausreichenden Erschließung war er von einem rechteckigen Wegenetz durchzogen.<sup>3</sup>

Seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 wurde es erlaubt, die Abholzung des Waldes um jährlich 50% zu erhöhen.<sup>4</sup> Besonders seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden die Folgen des starken Kahlschlages bemerkbar. Zu jener Zeit wurde er jedoch nicht als alarmierend betrachtet, weil die geplante verstärkte Anpflanzung nach dem gewonnenen Krieg den Ausgleich

---

<sup>2</sup> J.P. BURGGRAAFF, *Landelijke behouwingpatronen in het 'niederrheinische' deel van het voormalig Hertogdom Kleef sinds 1730*, Amsterdam 1982.

<sup>3</sup> F. GORISSEN, *Heimat im Reichswald*, Kleve 1950, S. 35-64.

<sup>4</sup> CHR. ABS, *Goch-Nierswalde. Entwicklungsskizze der landwirtschaftlichen Siedlerstellen in einer Siedlung der Nachkriegszeit*, in: G. AYMANS (Hrsg.), *Niederrheinische Studien*, Bonn 1980, S. 138.

schaffen würde. Durch die Holzlieferungen aus den eroberten neuen Ostgebieten würde in Zukunft mehr Rücksicht auf den Reichswald genommen werden können. Der Rückgang des Holzbestandes im Reichswalde während der NS-Zeit war also erheblich. Neben der erhöhten Abholzung wurde er von einem Sturmschaden im November 1940 und von den Kriegshandlungen Anfang 1945 verursacht. Am 7. Februar d. J. eröffneten die alliierten Truppen den Angriff auf deutsches Gebiet, nachdem sie seit Oktober 1944 ihren Feldzug, von der Normandie kommend, bei Nimwegen hatten unterbrechen müssen. Während dieses Aufenthalts war der Reichswald von deutschen Wehrmachtseinheiten mit Schützengräben, Mannlöchern und weiteren Verteidigungsarbeiten durchzogen, zusätzlich waren Waldstücke gerodet worden. Während der Gefechte erhöhte sich der Schaden noch um ein Vielfaches. Nach dem Krieg rodeten englische Soldaten und Bewohner aus dem benachbarten niederländischen Gebiet Teile der Restbestände. Detonation von Munitionsrückständen und seit 1947 genehmigte Abholzungen durch Einheimische ergaben eine weitere Verringerung der Waldflächen. 1948 waren fast 7000 ha des Waldbestandes von 1939 vernichtet.<sup>5</sup>

## 1.2. Hunger im Klever Land

Nach dem Kriege bekam die Bevölkerung in Deutschland die schon vorhandene Knappheit an Nahrungsmitteln stärker zu spüren. Außer durch die allgemeine Zerrüttung des Landes war sie vor allem bedingt durch die Sperrung von Verkehrsverbindungen zwischen den einzelnen Besatzungszonen, in die das Land vorläufig aufgeteilt wurde, sowie durch den Verlust der Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung in den verbliebenen Teil Deutschlands.

Im Klever Land wurde die Versorgung mit Lebensmitteln darüber hinaus noch durch die Absperrung der deutsch-niederländischen Grenze und den Verlust von Kulturland beeinträchtigt. Deutscher Landbesitz in den Niederlanden wurde konfisziert, im eigenen Land war vieles an Ländereien und Betriebsgebäuden durch die Kriegshandlungen unbrauchbar geworden. Die Kämpfe am unteren Niederrhein waren nicht nur auf den Reichswald beschränkt gewesen, auch weite Teile des umliegenden Landes waren in Mitleidenschaft gezogen worden. Viele Bauernhöfe, insbesondere solche in der Nähe von Kranenburg oder südlich des Reichswaldes, waren zerstört oder beschädigt. Landwirtschaftliches Kulturland konnte zeitweise wegen Verminung, Überflutung oder Bodenverdichtung nicht genutzt werden. Im Winter 1944-45 hatten deutsche Truppen den Rheindeich bei Xanten gesprengt, was die Überschwemmung des Flußgeländes bis nach Nimwegen zur Folge hatte. Die Bauernfamilien und ein Teil des verbliebenen Viehbestandes wurden in einem Lager in Bedburg-Hau südlich von Kleve untergebracht, ein Teil des Viehs wurde zurückgelassen oder in Gebiete nördlich des Rheins transportiert. Zwischen 1943 und 1945 ging der Rindviehbestand des damaligen Kreises Kleve - deutsche Statistiker sind immer gewissenhaft - von 42.705 auf 17.227 Stück zurück, der

---

<sup>5</sup> *Rheinisches Heim. Jahresbericht für das 33. Geschäftsjahr*, Bonn 1950.

Schweinebestand von 35.212 auf 4.398. Im Juli 1945 war etwa die Hälfte des Ackerlandes des Kreises nicht eingesät worden, 1946 noch war 1.440 ha oder 8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wegen der Kriegseinwirkungen unbrauchbar. Eine Ergänzung des Viehbestandes aus ländlichen Gebieten, die nicht unter Kriegseinwirkung gelitten hatten, lief, im Gegensatz zu Gebieten südlich des damaligen Kreises, erst nach längerer Zeit an.<sup>6</sup>

Durch Maßnahmen der britischen Besatzungsbehörden verschlechterte sich die Lage noch. Auf ihren Befehl mußte, um Racheaktionen aus den Niederlanden verhindern zu können, zwischen Mai und September 1945 an der niederländischen Grenze ein 5 km breiter Streifen Land geräumt werden. Damit verlor der Kreis Kleve etwa 4.600 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, die von den Briten bewacht wurde. Den Bewohnern war der Zutritt verboten worden, es kam jedoch vereinzelt noch zu Plünderungen durch die Niederländer.<sup>7</sup>

Schließlich ging deutscher Grundbesitz in den Niederlanden verloren. Insgesamt 130 landwirtschaftliche Betriebe im Kreis Kleve wurden davon betroffen, sie verloren insgesamt 1.020 ha. Eigentümer dieser Ländereien waren meistens gezwungen, ihre Betriebe zeitweilig völlig aufzugeben, weil sie ebenfalls von der Räumung des Grenzstreifens betroffen waren.<sup>8</sup>

Insgesamt wurde das Klever Land nach dem Kriege verhältnismäßig stark von dem Rückgang der Agrarproduktion getroffen, was sowohl für die regionale Wirtschaftslage als auch für die Ernährungslage von einschneidender Bedeutung war. Während andere ländliche Gebiete Deutschlands kaum vom Kriegsgeschehen berührt worden waren und somit oft Zufluchts- und Ernährungsstätte für die Bewohner der zerstörten Städte waren, hatten die Klever selber um ihr Dasein zu bangen. Eine Region mit hochproduktiver Landwirtschaft, sehr bedeutsam für Lebensmittellieferung in die Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr, hatte einen bedeutenden Teil ihrer Grundlage verloren.

### 1.3. Vertriebene und das Klever Land

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten die meisten der deutschen Einwohner der Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße ihre Heimat verlassen. Bis 1949 waren fast 9 Millionen dieser Heimatvertriebenen in die drei westlichen Besatzungszonen geflüchtet. Die meisten dieser Menschen kamen zuerst in dünnbesiedelte Agrarregionen wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Bayern. Erst ab 1948, als sich die Industrie wieder einigermaßen erholte, zogen sie in die Ballungsgebiete wie z.B. Nordrhein-Westfalen. Im Januar 1946 hielten sich dort nur

---

<sup>6</sup> B. BAAK, *Zerstörung, Wiederaufbau und Verwaltung der Stadt Kleve 1944-1957*, Kleve 1960, S. 208-210.

<sup>7</sup> Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD). Akten Nr. 328.02.000; BAAK (wie Anm. 6), S. 212f.

<sup>8</sup> BAAK (wie Anm. 6), S. 214.

2,1 % aller Flüchtlinge auf, 1950 war der Prozentsatz auf 10 % angewachsen, 1960 auf 15%.<sup>9</sup> Diese Tendenz war sogar von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl. Während sie sich in den drei Besatzungszonen zwischen 1939 und 1946 trotz der Kriegsverluste um 11,8 % vergrößerte, sank sie in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum um 2,1 %.<sup>10</sup> Die meisten Deutschen aus dem Osten kamen erst nach Nordrhein-Westfalen, nachdem sie zuvor in einem anderen Land aufgefangen worden waren. Daraus läßt sich auch erklären, weshalb in Nordrhein-Westfalen nicht, wie in manchem anderen Land, die Vertriebenen eines bestimmten Ostgebiets überwiegend vertreten waren. Nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen waren viele aus den vor allem evangelisch geprägten nördlichen Ostgebieten wie Ostpreußen und Pommern gekommen, nach Bayern aus dem katholischen Schlesien.

Auch in den Kreis Kleve kamen am Anfang nur wenige, weil er wie die Großstädte stark vom Krieg getroffen worden war. Doch auch als die Zahl in Nordrhein-Westfalen anstieg, blieb sie hier vergleichsweise klein, weil die Zahl der Arbeitsplätze, ebenso wie in anderen ländlichen Gebieten, verhältnismäßig langsam stieg.

#### 1.4. Niederländische Annektierungsbestrebungen

Ein wichtiges Politikum, das die Grenzgebiete des deutschen Westens unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg berührt hat, sind die Annektierungsbestrebungen der westlichen Nachbarländer, insbesondere der Niederlande und Belgiens, gewesen. Es sollte von Deutschland ein Ausgleich für die Kriegsschäden geliefert werden. Die Bereitstellung von Grund und Boden konnte dazu ein Beitrag sein. Es soll hier nicht die Annektierungsfrage als Ganzes behandelt werden; für die Verhältnisse im Klever Land sind vor allem die niederländischen Gebietsansprüche, deren Begründung und die Reaktionen von deutscher Seite von Bedeutung.

Von der niederländischen Exilregierung in London wurden während der letzten Kriegsjahre mehrere Pläne zur Annektierung deutscher Gebietsteile nach dem Kriege erwogen.<sup>11</sup> Sie galten sowohl dem Ausgleich für Kriegsschäden als auch der Kompensierung für den Wegfall des Ruhrgebiets als Absatzgebiet des niederländischen Gartenbaus. Aufgrund der vorgesehenen Demontage deutscher Industrien würde die Bevölkerungsdichte der Gebiete um Rhein und Ruhr sichtlich zurückgehen, was in Verbindung mit der gesunkenen Kaufkraft zu einer erheblichen Exportlücke für den niederländischen Gartenbau führen würde. Wegen der sich

---

<sup>9</sup> H.W. SCHOENBERG, *Germans From the East. A Study of Their Migration, Resettlement, and Subsequent Group History Since 1945*, Den Haag 1970, S. 43-51.

<sup>10</sup> K.P.J. VAN KEEKEN, *De Westduitse vluchtigenproblematiek*, Nijmegen 1972, S. 29.

<sup>11</sup> J.P.D. VAN BANNING, *De grenscorrecties*, in: *Tijdschrift KNAG LXIV* (1947), S. 186.

daraus ergebenden Extensivierung des niederländischen Agrarsektors und der zu erwartenden stärkeren Selbstversorgung wäre eine Vergrößerung der heimischen landwirtschaftlichen Nutzfläche unbedingt notwendig.<sup>12</sup>

Nicht nur in der Londoner Exilregierung, auch in Kreisen höherer Beamter und im niederländischen Geschäftsleben machte man sich Gedanken über die zukünftige Größe der Niederlande. Meistens waren es Leute, die nicht unmittelbar vom Kriege betroffen waren, eine bestimmte politische Farbe kann den Befürwortern jedoch nicht zugesprochen werden. Mit der Londoner Regierung waren sie der Meinung, daß die Frage unpolitisch erörtert werden sollte, weil sie gemeinnütziger Art war. Eine Infragestellung wurde von den Befürwortern mit einem Angriff auf das allgemeine Interesse gleichgestellt. Dennoch haben sich mehrere Gruppierungen gegen die Annektierung deutscher Gebiete ausgesprochen. Die Gegner waren z.B. in Kreisen des aktiven Widerstandes zu finden, so bei Sozialisten, Kommunisten und Liberalen. Sie waren der Meinung, daß die Ideen eine starke Ähnlichkeit mit den deutschen Lebensraumgedanken hatten und deswegen unzumutbar waren.<sup>13</sup>

Trotz des totalitären Charakters der Annektionsideen war eine bestimmte Vielfalt über Größe und zukünftige Gestaltung eines deutschen Anschlußgebietes festzustellen. Sie läßt sich nach Zeitperiode und Gruppierung unterscheiden. Innerhalb der 1944 gegründeten Raumordnungsstelle 'Rijksdienst voor het Nationale Plan' wurde nach dem Kriege eine Kommission für Gebietsausdehnung der Niederlande gegründet, die eine erhebliche Ausdehnung des niederländischen Hoheitsgebietes befürwortete. Vedder<sup>14</sup> war der Meinung, eine Verschiebung der niederländischen Ostgrenze bis an die Elbe sei notwendig, so daß das Land mit Dänemark verbunden werden könnte. Bakker Schut<sup>15</sup> und Kloos<sup>16</sup> zeigten eine gewisse 'Objektivität', indem sie mehrere Annektionsmodelle nebeneinander präsentierten. Solches und ähnliches Gedankengut wurde in einer eigens zu diesem Zweck gegründeten Schriftenreihe, die schon in kleinem Kreis vor Ende des Krieges begann, in die breite Öffentlichkeit gebracht.

Die Ausdehnung des potentiellen Annektionsgebiets verkleinerte sich im Laufe der Zeit. Als die niederländische Regierung 1945 ihren Sitz wieder nach Den Haag

---

<sup>12</sup> H. LADEMACHER, *Die Niederlande und Deutschland 1945-1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen*, in: W. EHBRECHT/H. SCHILLING (Hrsg.), *Niederlande und Nordwestdeutschland*, Köln/Wien 1983, S. 463.

<sup>13</sup> C. BERKHOUWER, *Annexatie? Neen!*, Hoorn 1945; Th.G. LOCHER, *Nederland en het komende Duitsland. Een pleidooi tegen annexatie*, Amsterdam 1945.

<sup>14</sup> A. VEDDER, *Nederland. Zoo als het is ... Zoo als het wordt?*, Assen 1945, S. 37.

<sup>15</sup> F. BAKKER SCHUT, *Uitbreiding van Nederlandsch grondgebied gewenscht?* Amsterdam/Brüssel 1945.

<sup>16</sup> W.B. KLOOS, *De toekomstige territoriale begrenzing van Nederland*, Alphen aan den Rijn 1945.

verlegt hatte, schlug sie 1946 nur noch eine Grenzkorrektur vor.<sup>17</sup> Auf Drängen der Alliierten wurden die Anforderungen laufend zurückgeschraubt, so daß bei der Verwirklichung außer dem Gebiet um Elten bei Emmerich und dem 'Selfkant' bei Gangelt nur kleine Streifen, meistens unbewohntes Gebiet, an die Niederlande übertragen wurden.<sup>18</sup> Dennoch stellte sich nachher heraus, daß die politischen Nachteile durch dauerhafte Unstimmigkeiten zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland größer waren als der vorhergesehene Gewinn, so daß 1964 die meisten Annektionsflächen an die Bundesrepublik zurückfielen. Nur kleine Fetzen wie das heutige Erholungsgebiet Teufelsberg bei Nimwegen und ein Sandweg bei Millingen verblieben bei den Niederlanden.<sup>19</sup>

Ein Teilaspekt der Annektierungsfrage, Kolonisation von Niederländern und Vertreibung der deutschen Bevölkerung, soll wegen der Vorgänge im deutschen Grenzgebiet bei Kleve näher erörtert werden. Die Mehrzahl der Befürworter betrachtete eine Annektierung nur in Verbindung mit der Ansiedlung von Niederländern im Anschlußgebiet als sinnvoll.<sup>20</sup> Was sollte mit der ansässigen deutschen Bevölkerung geschehen? Die Londoner Exilregierung war der Meinung, die Deutschen sollten vertrieben werden. Allerdings wurde der Standpunkt nach der Rückkehr nach Den Haag weniger absolut: es wurde vom Verbleiben der am meisten mit den Niederländern verwandten und brauchbaren Bevölkerungsteile gesprochen.<sup>21</sup> Zeegers<sup>22</sup> war für eine Untersuchung nach rassistischen Merkmalen, um festzustellen, welcher Teil der deutschen Ansässigen Niederländer werden konnte.

Auch der bekannte niederländische Journalist Hiltermann, der noch bis heute für den öffentlichen Rundfunk wöchentlich seine Meinung über das Weltgeschehen verbreitet, plädierte für Vertreibung. Er schlug vor, den deutschen Staat mit der Durchführung zu betrauen, damit die Gebiete ohne soziale Unruhe leer abgeliefert würden. Hiltermann war offenbar von der Nützlichkeit ähnlicher Maßnahmen der

---

<sup>17</sup> LADEMACHER (wie Anm. 12), S. 493.

<sup>18</sup> Ebd., S. 500; HStAD NW 53-667.

<sup>19</sup> J.G. SMIT, *Ländliche Neusiedlung in Mitteleuropa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart als nationalpolitisches Instrument: Ziele, zeitgenössische Stellungnahmen und Ergebnisse*, in: *Erdkunde* 40,3 (1986), S. 171.

<sup>20</sup> VEDDER (wie Anm. 14), S. 22-36; C.M.O. VAN NISPEN TOT SEVENAER, *Geen inpalming, wel inlijving van Duitsch grensgebied*, Zutphen 1945, S. 47.

<sup>21</sup> A.C.J. DE VRANKRIJKER, *De grenzen van Nederland. Overzicht van wording en politieke tendenzen*, Amsterdam 1946, S. 239-244.

<sup>22</sup> G.H.L. ZEEGERS, *Een ernstige beslissing. Een aantal aspecten van de veranderingen in de Nederlandsch-Duitsche verhoudingen als gevolg van dezen oorlog*, Assen 1945, S. 82.

deutschen Besatzungsmacht in den Niederlanden überzeugt. Er bekannte sich zur Ansiedlung von Freiwilligen aus den Niederlanden. Sollten sich zu wenig melden, dann konnten diejenigen, die einen Schadenersatz beanspruchten, herangeholt werden. Ein reibungsloser Besiedlungsvorgang sei - so Hiltermann - wegen der Erfahrungen in den IJsselmeerpoldern gewährleistet.<sup>23</sup>

Es darf in dieser Beziehung festgestellt werden, daß viele der Annexionsbetrachtungen von deutschen Vorbildern inspiriert worden sind.<sup>24</sup> Zu wenig ist den Befürwortern das Ausmaß der Tragik für die Opfer des Krieges deutlich gewesen.

Im übrigen weist Hiltermann zu Recht darauf hin, daß niederländische Geographen nützliche Arbeit im Annektierungsgeschehen geleistet haben, auch wenn hier eine gewisse Meinungsvielfalt festzustellen ist. Der später in Groningen lehrende Keuning hat 1945 über die Ähnlichkeiten niederländischer und deutscher Grenzlandschaften geschrieben und damit den Maßstab für eine nach seiner Ansicht gerechte Grenzverschiebung gesetzt. Aufgrund der bestehenden wirtschafts- und physisch-geographischen Verwandtschaft von deutsch-niederländischen Grenzgebieten sei die räumliche Reichweite einer erfolgreichen niederländischen Kolonisation gegeben. Wegen der mangelhaften kulturellen Entwicklung des ländlichen deutschen Grenzgebietes könnten die Niederländer dort in vielerlei Weise Kulturarbeit leisten.<sup>25</sup>

Die Zeitschrift *Sociaal-geografische Mededelingen* widmete 1946 der Annektionsfrage ein Sonderheft, in dem Beiträge mit unterschiedlichen Stellungnahmen aufgenommen waren. Während Kouwe<sup>26</sup> auf die Gefahr des Rückgangs niederländischer Exportwaren in ein allzu stark verkleinertes West-Deutschland hinwies, plädieren andere Beiträge scharf für eine großräumige Annektierung. 1947 wies van Banning in einem Beitrag in der Zeitschrift der Niederländischen Gesellschaft für Erdkunde<sup>27</sup> (TKNAG) auf die unzureichenden Gebietsansprüche der niederländischen Regierung hin. Nach seiner Ansicht waren damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche niederländische Kolonisation nicht gegeben.

Das Klever Land war von den niederländischen Gebietsansprüchen unmittelbar betroffen. In den frühesten Fassungen wäre es vollständig den Niederländern übergeben worden. Nachdem ab 1946 nur Grenzkorrekturen von beschränktem Ausmaß vorgeschlagen wurden, ging es noch um den Verlust von Teilgebieten. In

---

<sup>23</sup> G.B.J. HILTERMANN, *Land om land. Een beschouwing over de mogelijkheid onze grenzen met Duitsland naar het Oosten te verleggen*, Amsterdam 1945, S. 95-100.

<sup>24</sup> Vgl. J. BRANS, *Bevolking en levensruimte der Nederlanden. De Schelde*, Antwerpen 1941.

<sup>25</sup> H.J. KEUNING, *Nederlandsch-Duitse grenslanden. Een geografische belichting van het annexatieprobleem*, Amsterdam 1945, S. 150-151.

<sup>26</sup> Vgl. *Sociaal-geografische Mededelingen* (1946).

<sup>27</sup> VAN BANNING (wie Anm. 11).

einem Memorandum vom November 1946 wurde ein Grenzverlauf quer durch den Reichswald vorgeschlagen etwa entlang der Straße von Grunewald nach Kleve. Alles Land westlich dieser Linie, d.h. ein Großteil des noch ziemlich unversehrten Reichswaldes, würde an die Niederlande fallen. Die Stadt Kleve bliebe deutsch, geriete jedoch unmittelbar an die Grenze. Zwischen 1946 und 1948 blieb der Umfang dieser niederländischen Forderungen ungefähr gleich. Erst 1949 wurde bekannt, daß nur die schon vorher genannten kleinen Grenzkorrekturen vollzogen werden sollten, an denen das Klever Land nur wenig beteiligt war, und daß der Reichswald deutsch blieb.

### 1.5. Deutsche Reaktionen auf niederländische Annektierungsbestrebungen

Die Diskussion in den Niederlanden über Annektierung deutscher Gebietsteile wurde von deutscher Seite mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Im Auftrag der schon existierenden Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, zu dem das Klever Land auch schon damals gehörte, wurden Veröffentlichungen in den Niederlanden über die Annektierungsfrage dauernd übersetzt. Die Regionalpresse widmete der Frage immer wieder ihre Aufmerksamkeit. Anlässlich der Diskussion im niederländischen Parlament wurden die starken Meinungsunterschiede bei den politischen Parteien als hoffnungsvolles Zeichen gewertet.<sup>28</sup>

Eine deutsche Zentralregierung konnte zu der Frage damals nicht Stellung nehmen, einfach weil eine solche bis Mai 1949 noch nicht existierte. Deswegen fühlten sich die betroffenen Länder dazu berufen, obwohl sie von der niederländischen Regierung nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden.

Dennoch entschloß sich Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit der Landesregierung des ebenfalls von niederländischen Annektionsvorhabens bedrohten Landes Niedersachsen zu einer Stellungnahme. In einem Gutachten, das von der 'Akademie für Raumforschung und Landesplanung' in Hannover im Auftrag beider Landesregierungen zusammengestellt worden war, reagierten sie sowohl auf das Memorandum vom November 1946 als auch auf dessen im Januar 1947 erschienene Ergänzung und weitere schriftlich dargelegte Forderungen der niederländischen Regierung.<sup>29</sup> Der Hauptbestandteil des Gutachtens war eine allgemeine Widerlegung der Annektierungsgründe; die Gefährdung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, die auch zu einer Stagnation des niederländischen Wirtschaftsaufschwungs führen könnte, wurde hervorgehoben. Allerdings wurden auch die Gebietssprüche im einzelnen widerlegt. Eine Grenzziehung durch den Reichswald würde die Holzverarbeitung in den Städten Kleve, Kalkar und Emmerich und weiteren Ortschaften lähmen und damit die Lieferung von Grubenholz für das Ruhrgebiet unterbrechen. Der Verlust von Agrarland würde auch in Zukunft die Lieferung von

---

<sup>28</sup> HStAD, Stadtarchiv Kleve, mehrere Aktenmappen.

<sup>29</sup> Akademie für Raumforschung und Landesplanung, *Gutachten zu den Memoranden und Erklärungen der Niederländischen Regierung zur Deutschlandfrage*, Hannover 1949, S. 1-5.

Nahrungsgütern an das Ruhrgebiet auf ein Mindestmaß reduzieren. Die Zerschneidung des Klever Landes verzögere die wirtschaftliche Wiederbelebung des Reviers und damit verschwände ein wichtiges Absatzgebiet des niederländischen Exports für längere Zeit von der Landkarte.<sup>30</sup> Grundüberlegung aller Darlegungen war es offenbar, die Nachteile eines durch die Annektierung auf lange Sicht wirtschaftlich geschwächten Deutschland für die niederländische Volkswirtschaft klarzumachen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verdeutlichte zusätzlich in einem Schreiben an die niederländische Regierung vom 1.4.1947 - das nie beantwortet wurde - ihren Standpunkt. Sie weist auf die Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Stagnation des Klever Landes und dessen Entvölkerung infolge der Annektierung hin, die eine grenzpolitische Gefahr darstelle.<sup>31</sup>

Übrigens stand die Landesregierung Nordrhein-Westfalen einer Kompensierung für die Kriegsschäden in Form von Vergrößerung der niederländischen Agrarfläche durchaus positiv gegenüber. Aus einem Artikel in der *Rheinischen Post* vom 13.4.1949 geht hervor, daß der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold sich zur Hilfeleistung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Durchführung der Trockenlegungsarbeiten im IJsselmeergebiet bereit erklärte.<sup>32</sup>

Aus den Reaktionen von deutscher Seite, insbesondere von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, läßt sich schließen, daß man versuchte, möglichst schnell die Beziehungen zu den Niederlanden zu normalisieren. Die westdeutschen Grenzländer hatten wirtschaftliches und politisches Interesse daran, daß der niederländisch-deutsche Handel und die freundschaftlichen Beziehungen mit ihren Nachbarn wiederhergestellt wurden. Hätte man sich auf eine dauerhafte Abneigung seitens der Niederländer einzustellen, was durch Annektionsbestrebungen bestätigt würde, dann hätten auch die Grenzländer sich mehr als früher auf Selbstversorgung einzurichten. Besiedlung von Grenzgebieten wäre in einem solchen Rahmen eine passende politische Maßnahme. Eine solche 'innere Kolonisation' als politisches Instrument zwecks Sicherung des Grenzbereiches spielte schon während der Vorkriegszeit in der deutschen Politik eine Rolle. Wir werden versuchen festzustellen, ob dies auch bei der Gründung der Reichswaldsiedlungen der Fall gewesen ist.

## 2. Siedlungspolitik und die Reichswaldsiedlungen

### 2.1. Grenzsiedlung als politisches Instrument

Innere Kolonisation ist seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland häufiger als politisches Instrument zur Sicherung der nationalen (deutschen) Identität in Grenzgebieten angewandt worden. Am meisten war dies in solchen Gebieten der

---

<sup>30</sup> Ebd., S.103-104.

<sup>31</sup> HStAD NW 72-494.

<sup>32</sup> StA Kleve.

Fall, die mehrheitlich von einer nicht-deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt waren. Hier stellte sich nach Ansicht damaliger Regierungskreise die Gefahr einer 'Überfremdung' solcher Räume durch das jeweils angrenzende Land. Sie konnte nur durch die Ansiedlung deutschsprachiger Kolonisten, die sich ihrer nationalen Werte bewußt waren, gebannt werden. Eine solche Besiedlung führe durch die Gründung geschlossener Dörfer mit bäuerlich tätigen Einwohnern zum besten Ergebnis. "Es handelt sich darum, der Nation in einer dichten Landbevölkerung den Jungbrunnen ihrer Kraft zu erhalten. Bauernkolonisation dient der nationalen Sicherung des Landes."<sup>33</sup>

Der Erwerb des für die Siedlung benötigten Landes erfolgte durch den Kauf von Großgrundbesitzungen oder Staatsländereien (Domänen), die Besiedlung konnte sowohl durch Aufteilung von Kulturland als durch Urbarmachung von Heide-, Moor- oder weiteren Ödländereien stattfinden. Die ganzen Verfahren unterlagen mittelbar oder unmittelbar der Aufsicht des Staates: bis zum Ersten Weltkrieg der einzelnen Länder, nach Erlaß des Reichssiedlungsgesetzes 1919 der des Reiches.

Die meisten solcher Grenzkolonien wurden in Preußen gegründet, was mit dem starken Bewußtsein in diesem Land für die angebliche Gefährdung der deutschen Identität in den östlichen Grenzprovinzen durch die dort ansässige polnischsprechende Bevölkerung zusammenhängt. Vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Besiedlung schwerpunktmäßig in den Provinzen Westpreußen und Posen durchgeführt; nachdem diese Landesteile (tatsächlich) an das neugegründete Polen gefallen waren, verschob sich die Tätigkeit nach Ostpreußen und Pommern.<sup>34</sup>

Bauernkolonisation im Grenzgebiet hat also vor allem in den östlichen Landesteilen stattgefunden. Jedoch wurde nach dem Ersten Weltkrieg eine Bedrohung von Grenzgebieten auch in anderen Teilen Deutschlands als politisches Problem erfahren. Zwar wäre das Verhältnis mit dem niederländischen oder dänischen Nachbarn wegen einer angeblich stärkeren Verwandtschaft weniger stark belastet, als das mit den Polen der Fall war. Dennoch könnte durch eine größere Bevölkerungsdichte oder einen höheren Lebensstandard jenseits der Grenze oder wegen des fehlenden Nationalbewußtseins diesseits die Anbindung der Grenzgebiete an die Nation zu schwach sein. Insbesondere traf dies auf bestimmte Gebiete wie das Emsland an der niederländischen und Schleswig an der dänischen Grenze zu. Seit den zwanziger Jahren wurde beiden Gebieten aufgrund grenzpolitischer Erwägungen wirtschaftlich geholfen. Bauernsiedlungen wurden im Zusammenhang mit Urbarmachung und dem Bau von Verkehrsverbindungen mit dem Inneren Deutschlands nach langfristigen Einrichtungsplänen und nicht wie im Osten als Einzelmaßnahme gegründet. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Grenzgebiete von Eifel und Hunsrück ebenfalls stärker als zuvor nach grenzpolitischen Gesichtspunkten gefördert. Mehr als eine Bedrohung von außen war hier, wie

---

<sup>33</sup> M. SERING, *Aussprache während der Tagung des Landesökonomiekollegiums*, XI. Sitzungsperiode 1909, Berlin 1909.

<sup>34</sup> J.G. SMIT, *Neubildung deutschen Bauerntums. Innere Kolonisation im Dritten Reich. Fallstudien in Schleswig-Holstein*, Kassel 1983, S. 30-60.

auch im Emsland, Mißtrauen gegenüber der politischen Gesinnung der streng katholischen ansässigen Bevölkerung ausschlaggebend.<sup>35</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Grenzpolitik in Schleswig und im Emsland wieder aufgenommen. Sie gestaltete sich mehr noch als zuvor nach raumplanerischen Gesichtspunkten und wurde zunächst durch Initiativen von politisch einflußreichen Persönlichkeiten getragen. Auf Drängen des damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Sachverständigen auf dem Gebiet der inneren Kolonisation, Friedrich Wilhelm Lübke, wurde Anfang der fünfziger Jahre das 'Programm Nord' für Schleswig entwickelt. Auf gleichem Gebiet erfahrene Persönlichkeiten wie Hügler und Lauenstein waren ausschlaggebend an der Gründung der eigens für die Wirtschaftsförderung des Emslandes gegründeten Emsland GmbH und der Gestaltung des Emslandplanes beteiligt.

Mit dem 'Programm Nord' sollte die Landwirtschaft auf das gleiche Niveau wie die dänische angehoben werden, auch sollten möglichst viele Heimatvertriebene in diesem Grenzbereich bodenständig werden, damit der Verbleib dieses Grenzgebietes bei Deutschland gewährleistet sei.<sup>36</sup> Der Emslandplan zielte ebenfalls auf wirtschaftliche Förderung des Grenzgebietes. Während der ersten Zeit lag der Schwerpunkt auf der Gründung von Bauernsiedlungen durch Heimatvertriebene, um einer Annektierung der leeren Moorflächen durch die Niederlande zuvorzukommen und eine Stärkung der heimischen Nahrungsmittelproduktion zu bewirken.<sup>37</sup>

Es läßt sich somit feststellen, daß Bauernsiedlungen als grenzpolitisches Instrument für längere Zeit eine Rolle spielten, nicht nur im Osten vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch im Westen zuvor und danach und besonders dann, als bestimmte politische Persönlichkeiten ihren Einfluß ausnutzten. Es bleibt nun zu fragen, ob die Reichswaldbesiedlung nach ähnlichen grenzpolitischen Gesichtspunkten stattgefunden hat, obwohl das Klever Land vorher nicht eine grenzpolitische Bedeutung hatte, die der des Emslandes oder des schleswigschen Grenzgebietes vergleichbar war. Dazu muß man sich den Vorgang selber vor Augen führen und insbesondere die Rolle zweier wichtiger Initiatoren, des damaligen Ministers für Land- und Forstwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinrich Lübke,

---

<sup>35</sup> T. FINK, *Geschichte des schleswigschen Grenzlandes*, Kopenhagen 1958, S. 228; W. HERRMANN, *Das Notstandsgebiet der linksrheinischen Bergländer. Vertrauliches Manuskript der 'Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung'*, Berlin 1937, S. 1-7; J.G. SMIT, *Vierherrenborn, een agrarische kolonisatie uit de Naziïjd in de Westelijke Hunsrück (Hochwald)*, Utrecht 1969, S. 13.

<sup>36</sup> Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation (GFK) (Hrsg.), *Denkschrift 40 Jahre Landeskulturbehörden in Schleswig-Holstein 1922-1962*, Berlin/Bonn 1962, S. 157.

<sup>37</sup> J.D. LAUENSTEIN, *Raumordnende Erschließung des Emslandes - Organisations-, Sach- und Finanzierungsprobleme*, in: H.J. SERAPHIM (Hrsg.), *Vorträge und Aufsätze*, Köln 1955, S. 13; R. DANIELZYK/C. WIEGANDT, *Lingen im Emsland. Dynamisches Entwicklungszentrum oder 'Provinz'? Ansätze zu einer qualitativen Methodik in der Regionalforschung*, Paderborn 1985, S. 69.

und des Geschäftsführers der Siedlungsgesellschaft 'Rheinisches Heim', Wilhelm Engels.

## 2.2. Heinrich Lübke und die Siedlung

Aus mehreren Quellen läßt sich feststellen, daß der damalige Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Lübke, ausschlaggebend an dem Aufbau der Reichswaldsiedlungen beteiligt gewesen ist. Lübke, der später Bundeslandwirtschaftsminister und zum Abschluß seiner Karriere Bundespräsident war, beteiligte sich vor dem Zweiten Weltkrieg auf Grund seiner Tätigkeit im Kleinbauernverband aktiv an der inneren Kolonisation. Aus Westfalen gebürtig, führte er zusammen mit seinem schon erwähnten Bruder Friedrich Wilhelm Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre eine private Siedlungsgesellschaft in Berlin, die sich nicht nur in der Mark Brandenburg, sondern auch in Schleswig-Holstein mit der ländlichen Siedlung befaßte.<sup>38</sup> Außerdem war das Unternehmen an der sog. 'West-Ost-Siedlung' beteiligt, einer stark nationalpolitisch geprägten Siedlungsbewegung der späten zwanziger Jahre, die sich um die Ansiedlung westdeutscher Bauern im Osten bemühte.<sup>39</sup> Heinrich Lübke beschäftigte sich also schon vor der Reichswaldbesiedlung intensiv mit der Siedlungsfrage. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg war er schon wieder in der Siedlung aktiv. Schon 1946 vertrat er die Meinung, die Bauernsiedlung habe beim Aufbau Deutschlands, insbesondere bei der Lösung der Ernährungsfrage und der Milderung der Devisenverluste, eine wichtige Rolle zu spielen. Der benötigte Grund und Boden sollte vom Staat zur Verfügung gestellt werden; Privatbesitz - klein wie groß - sollte aus ernährungspolitischen Gründen ausgespart werden.<sup>40</sup> Er stellte sich mit diesem Standpunkt gegen die Wünsche aller Besatzungsmächte, die damals eine Aufteilung des Großgrundbesitzes durch eine Bodenreform für erforderlich hielten.

Durch die Siedlungstätigkeit sollten nach Lübke möglichst viele Familien, insbesondere Vertriebene aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, mit dem Boden verbunden bleiben. Die Gefahr einer Proletarisierung dieser Massen in den zerbombten Städten wäre dann gebannt. Diejenigen, die im Osten in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, sollten hier ihre Fähigkeiten aufrecht erhalten. Nach einem Friedensvertrag mit den Alliierten, in dem die Rückgabe der verlorenen

---

<sup>38</sup> GFK (wie Anm. 36), S. 36; SMIT (wie Anm. 34), S. 246.

<sup>39</sup> F. GORISSEN, u.A., *Wald, Scholle, Heimat. 10 Jahre Reichswaldsiedlung*, Goch 1960, S. 18-19; SMIT (wie Anm. 34), S. 25.

<sup>40</sup> H. LÜBKE, *Grundlagen einer neuen Siedlungspolitik*, Recklinghausen 1946, S. 9-13.

Gebiete im Osten vereinbart würde, könnten sie ohne weiteres ihre Tätigkeit auf ihren Höfen im Osten wieder aufnehmen.<sup>41</sup>

### 2.3. Lübke und die Reichswaldbesiedlung

Als Heinrich Lübke Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen wurde, war seine Hauptaufgabe, die Ernährungsfrage in diesem dicht besiedelten und zerstörten Landesteil zu lösen. Aufgrund der Erfahrungen und Standpunkte Lübkes konnte man erwarten, daß der landwirtschaftlichen Siedlung ein wichtiger Platz zufallen würde. Sie stellte sich zudem als erfolgsversprechende Maßnahme durch die Vielzahl von spontanen Anmeldungen heraus.<sup>42</sup> Sie im Reichswald durchzuführen, lag für ihn sowohl wegen der Zerstörung des Waldes und der vielen umliegenden Höfe als auch wegen der Eigentumsverhältnisse - das Waldgebiet ist Staatsfläche - mehr oder weniger auf der Hand. Deswegen entstand schon 1946 die Idee, Siedlungen im Reichswald zu errichten. Aus dem Niederrhein wandten sich Landwirtschaftsorganisationen an den Minister mit der Bitte, Siedlungsland im Reichswald zur Verfügung zu stellen. Bauernverbandsabteilungen des Unteren Niederrheins baten im Juni 1948 für die Bauern des Kreises Kleve, die im Krieg Land und Gut verloren hatten, das Siedlungsamt des Kreises Kleve möchte Kleinsiedlungen für Heimatvertriebene im Reichswald gründen.<sup>43</sup> Weil sich außerdem die britische Besatzungsmacht bei der nordrhein-westfälischen Regierung darüber beklagte, daß die Bauern zu geringe Mengen an Agrarprodukten auf den Markt brachten, sah sich der Landwirtschaftsminister zwischen 1947 und 1948 zum Handeln gezwungen.<sup>44</sup>

Obwohl die Durchführung der Bodenreform noch nicht stattfand, war die Besiedlung des Reichswaldes - Siedlung also ohne die Aufteilung von Grundbesitz - nicht ganz einfach, weil sich vor Ort nicht nur Befürworter, sondern auch Gegner meldeten. Die wichtigsten im Kreise Kleve waren die Forstverwaltung, die Stadt Kleve und die Kreisverwaltung. Die Forstverwaltung befürchtete die Gefahr eines von der Aufsiedlung verursachten weiteren Kahlschlags des Reichswaldes. Es war ihr bekannt, daß die neuen Dörfer im Norden und Osten des Waldgebietes aufgebaut werden sollten, weil dort die Böden wegen des Lößgehalts am ertragreichsten waren. Allerdings war hier der Waldbestand noch zum größten Teil erhalten geblieben. Im Gegensatz zum Westteil des Reichswaldes brauchte er nicht unbedingt abgeholzt und neu eingepflanzt zu werden. Sie fürchtete darum, bei

---

<sup>41</sup> E. DITTRICH, *Ländliche Siedlung, Siedlungspolitik und Raumordnung*, in: *Deutsche Siedlungs- und Wohnungspolitik*, Köln 1956, S. 255-257.

<sup>42</sup> HStAD 179-1500.

<sup>43</sup> Gorissen (wie Anm. 3), S. 73-76; S. BECKHEUER, u.a., *40 Jahre neue Heimat im Reichswald Goch-Nierswalde*, Goch 1990, S. 7.

<sup>44</sup> HStAD NW 179-593.

einer Besiedlung des Ostteils ihr Lieferungsoll an Holz nicht mehr erfüllen zu können, zudem im Falle einer Annektierung durch die Niederlande der ganze Westteil für immer ausfallen würde.<sup>45</sup>

Für die Stadt Kleve war ihre Erholungsfunktion vor dem Krieg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor gewesen. Falls die Waldkulisse um die Stadt nicht wiederhergestellt würde, dann wäre auch die Wiederherstellung des Fremdenverkehrs in der Stadt gefährdet. Übrigens waren die Stadt und der Kreis Kleve nicht unbedingt Gegner eines Siedlungsverfahrens, sie waren jedoch verärgert darüber, daß sie an der Anfangsphase gar nicht beteiligt worden waren. Beide waren der Meinung, daß die regionale Wirtschaft an dem Aufbau der Siedlungen beteiligt sein müsse. Die Heimlichkeit, mit der das ganze Projekt umgeben war, hatte ebenfalls bei der Regionalpresse Unzufriedenheit ausgelöst. Im *Rheinischen Echo* vom 2.9.1948 wurde behauptet, daß diejenigen, die den Bau der Neudörfer gefordert hatten, wohl ihre Gründe hätten, die einheimische Bevölkerung in Unwissenheit zu lassen.<sup>46</sup>

Befürworter des Siedlungsvorhabens ließen sich vor allem außerhalb der unmittelbar betroffenen Region finden. In der nächsten Umgebung sprachen sich nur Bauernorganisationen für die Durchführung ohne Beschränkungen aus. Lübke hatte jedoch vor, das Vorhaben möglichst schnell durchzuführen, so daß es nicht von einer Bodenreformgesetzgebung, die eine Siedlung vor allem durch Aufteilung des vorhandenen Großgrundbesitzes vorsah, gestoppt werden konnte. Es galt deswegen vor Ort Überzeugungsarbeit zu leisten. Örtliche Verbände setzte er durch Hervorhebung seines politischen Gewichts unter Druck, er übermittelte gezielt nur bestimmte Informationen über das Vorhaben, und er nutzte die Schwachstellen seiner Opponenten aus. Sein Vorgehen der Forstverwaltung gegenüber war symptomatisch. Sie hatte zwar Beschwerde eingelegt, ihre Begründung war jedoch ziemlich schwach, weil sie wegen Personalmangels nicht einmal mit der Wiedereinpflanzung zerstörter Waldflächen angefangen hatte. Lübke wies sie darauf hin und fügte hinzu, daß ein solcher Kahlschlag von den Niederländern als Vorwand benutzt werden würde, ihre Annektierungspläne durchzusetzen. Besiedlung würde wegen der intensiveren Bodennutzung den Grund solcher Bestrebungen nehmen. Damit war der Widerstand der Forstverwaltung gegen die Aufsiedlungspläne gebrochen.<sup>47</sup>

Im Sommer 1948 waren die Vorbereitungen in eine entscheidende Phase gekommen. Für Lübke war es nun wichtig, alle Beteiligten für seinen Plan zu gewinnen, damit die Verwirklichung möglichst schnell vonstatten gehen konnte. Am 7. Juni 1948 wurde eine Kabinettsitzung in Kleve abgehalten, um die übrigen Regierungsmitglieder über das Unternehmen zu informieren. Dann führte das Landwirtschaftsministerium Besprechungen mit Vertretern von Bauernverbänden, Siedlungsgesellschaften und Bauunternehmen, um den Besiedlungsplan und

---

<sup>45</sup> HStAD 328.02.00.

<sup>46</sup> StA Kleve, Akten Reichswald.

<sup>47</sup> S. BRUNK, *Aufbau und Entwicklung der Reichswaldsiedlung*, Diss. Bonn 1952, S. 12; Rheinisches Heim (RhH), Archivstücke Reichswaldsiedlung, Bonn: Ankaufsakten.

Siedlungsverfahren zu erörtern. Die damit verbundenen Besichtigungsfahrten in den Reichswald gaben zu Vermutungen in der Presse Anlaß. Erst als der Ablauf des Verfahrens abgesichert war, wurde Ende August 1948 die betroffene Region informiert. Vertreter von politischen Parteien, Gewerkschaften, Gemeinden und Landschaftsschutzverbänden wurden für den 18. September 1948 zu einer Besichtigung des Siedlungsgeländes im Reichswald und einer anschließenden Besprechung in Kleve eingeladen.<sup>48</sup>

Für Lübke war diese Sitzung nur als Überzeugungsakt wichtig, Einwände sollten vom Tisch: "Der Herr Minister legte den Plan vor und klärte die Nichtigkeit der vorgebrachten Einwände und wies nach, daß keinerlei Grund vorliege, dem geplanten Objekt zu widersprechen, da es weder die Interessen der örtlichen Wirtschaft noch die übergeordneten Staatsinteressen gefährde, sondern im Gegenteil eine politische und soziale Tat ersten Ranges darstelle, die die allgemeine Unterstützung finden mußte."<sup>49</sup> Zwar behauptete Lübke, daß Vorschlägen und Einwänden Rechnung getragen würde, er machte jedoch deutlich, daß ein schnelles Herangehen unerläßlich war. In zwei Jahren sollte das ganze Verfahren abgeschlossen sein. Dann erläuterte er die schon völlig ausgearbeiteten Pläne.

Nach Ansicht Lübkes würden etwa 1500 ha Neusiedlungsfläche benötigt, später brauchte kein Wald zusätzlich gerodet zu werden. Die Neusiedlung würde verantwortungsvoll in die Waldlandschaft eingebettet, damit der Fremdenverkehr keinen Schaden erleiden würde. Die Auswahl der Siedler sollte sich danach richten, daß sich die Bevölkerung der neuen Dörfer etwa zu 1/3 aus Vertriebenen, die schon im Kreise Kleve wohnten, zu 1/3 aus Vertriebenen von außerhalb und zu 1/3 aus Einheimischen zusammensetzte. Damit wäre nicht nur der Wunsch überregionaler Kreise erfüllt, die auf Verbleib von Vertriebenen in der Landwirtschaft zielten, sondern auch der Wunsch derer, die mit der Siedlung eine Vergrößerung der Zahl von Arbeitsplätzen für einheimische Landwirte anstrebten. In den neuen Siedlungen wurden außer Vollerwerbsbetrieben auch Nebenerwerbsbetriebe und Kleinsiedlungen gegründet, damit möglichst viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten blieben und eine erhebliche Bevölkerungsverdichtung im Grenzgebiet erreicht würde. Um die Kosten der Besiedlung möglichst gering zu halten, hätten die Neusiedler am Aufbau mitzuarbeiten. Auch wäre dann von Anfang an das notwendige Gemeinschaftsgefühl zwischen den zukünftigen Bewohnern vorhanden. Nachdem Lübke seine Pläne erläutert hatte, stellte sich heraus, daß er seine Zuhörer überzeugt hatte. Überzeugungskraft, politisches Gewicht, aber auch eine gewisse Konzessionsbereitschaft hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Voraussetzungen eines ungestörten Aufbaus der Siedlungen im Reichswald waren damit geschaffen.

Träger des Kolonisationsverfahrens wurde die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft für die ehemalige Rheinprovinz, 'Rheinisches Heim'. Sie hatte den Auftrag schon während der Besprechungen im August 1948 erhalten. Der Geschäftsführer, Dr. Wilhelm Engels, hatte ebenso wie Lübke schon viel Erfahrung in der

---

<sup>48</sup> GORISSEN (wie Anm. 3), S. 76; BECKHEUER (wie Anm. 43), S. 8; RhH (wie Anm. 47), mehrere Mappen.

<sup>49</sup> RhH (wie Anm. 47).

Neugründung landwirtschaftlicher Existenzen, seine Ideen über nationale Fragen stimmten mit denen Lübkes überein. Engels hatte seit seinem Amtsantritt als Geschäftsführer des 'Rheinischen Heims' im Jahre 1929 mehrere Neudörfer im Hunsrück, in der Eifel und an der niederländischen Grenze gebaut, wie z.B. Kastanienburg an der Grenze bei Venlo, wobei nationalpolitische Erwägungen immer eine große Bedeutung hatten. Lübke konnte als Mitglied des Aufsichtsrates der Siedlungsgesellschaft darauf achten, ob die Durchführung des Verfahrens wie geplant verlief.<sup>50</sup>

### 3. Entstehungsursachen und Politik

Bei der Bewertung der Entstehungsursachen der Reichswaldsiedlungen kann man feststellen, daß Nationalpolitik in Form der Erhaltung des Grenzgebietes eine wesentliche Rolle gespielt hat. Zwar ist die schwierige Ernährungslage des unteren Niederrheingebietes, bedingt durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschehnisse, von Bedeutung gewesen, sie kann aber nicht als ausschlaggebend gewertet werden, weil der Ernährungseffekt einer Aufsiedlung im Vergleich zu dem Kostenaufwand eher gering ist. Die Ansiedlung von Vertriebenen war in der Landespolitik ein wesentlicher Faktor, kann jedoch der verhältnismäßig geringen Zahl in diesem Landesteil ebenfalls kein alleiniger Grund gewesen sein. Bleibt dann der nationalpolitische Faktor und der persönliche Einfluß Lübkes. Er war überzeugt, daß die Siedlung bei dem Aufbau Deutschlands von wesentlicher Bedeutung sei. Für ihn und seinen Bruder Wilhelm Friedrich war die Siedlung ein wesentlicher Bestandteil ihres politischen Handelns nach dem Zweiten Weltkrieg. Für beide war Siedlungspolitik mit nationalpolitischen Zielen verbunden. Deswegen können wir schlußfolgern, daß durch die persönliche Einflußnahme Lübkes die Reichswaldbesiedlung in ihren Zielsetzungen auch mit Nationalpolitik verbunden gewesen ist. Sie ist deswegen in ihrer Planungsphase sowohl als Abwehrmaßnahme gegen die Annektierungsbestrebungen der Niederlande als auch als bevölkerungs- und ernährungspolitisches Instrument zu bewerten. In den weiteren Abschnitten werden wir verfolgen, ob solche nationalpolitischen Ziele auch bei der Verwirklichung der Siedlungspläne nachzuweisen sind.

### 4. Verwirklichung

Da ein Siedlungsverfahren recht umfangreich ist, sollen zur Beantwortung der Frage, ob die Zielsetzungen erfüllt wurden, drei Elemente hervorgehoben werden: Die Gestaltung der Neusiedlungsfläche, das Tempo der Verwirklichung und die Zusammensetzung der Siedlungsbevölkerung. Zum Schluß werden einige Entwicklungen nach der Fertigstellung der Siedlungen betrachtet.

---

<sup>50</sup> SMIT (wie Anm. 35), S. 14-16; SMIT (wie Anm. 34), S. 177; Denkschrift Rheinisches Heim, *50 Jahre Rheinisches Heim GmbH 1916-1966*, Bonn 1966.

#### 4.1. Die Gestaltung der Reichswaldsiedlungen

Im Rahmen des Siedlungsprojekts wurden drei geschlossene Neudörfer und mehrere Einzelhöfe gebaut. Die Dörfer wurden am Anfang mit A, B und C bezeichnet und hatten eine Fläche von jeweils 620, 260 und 495 ha. Dorf A, später Gemeinde Nierswalde, wurde im Süden in der Nähe von Pfalzdorf gebaut, einem Dorf, das im 19. Jahrhundert von Protestanten aus der Pfalz gegründet worden war. Im Dorf A siedelte sich ebenfalls eine hauptsächlich protestantische Bevölkerung an. Dorf C, später Reichswalde, entstand im Norden in der Nähe von Materhorn und erhielt - ebenso wie die Umgebung - eine katholische Bevölkerung. Im Nordosten beim Dorf Hau entstand das Dorf B, das eigentlich keine Dorfsiedlung war und im Gegensatz zu den beiden anderen Dörfern nicht mit Versorgungseinrichtungen versehen wurde. Zwar bekam es den Namen Rodenwalde, eine selbständige Dorfgemeinschaft wuchs daraus jedoch nicht. 1953 wurde es dem Dorf C zugeschlagen, woraus die Gemeinde Reichswalde entstand. Außerhalb dieser Siedlungsfläche gehörte zu dem Projekt eine damalige Kahlschlagfläche von rund 100 ha im äußersten Westen des Reichswaldes, nicht weit von den Dörfern Frasselt und Grafwegen. Diese Fläche wurde bereits bestehenden Bauernhöfen, die Land in den Niederlanden verloren hatten, als Anliegerland übergeben. Insgesamt war die Siedlungsfläche ca. 1800 ha groß.<sup>51</sup>

Das Siedlungsmuster war nach der Vorlage der rechteckigen Schlagverteilung des Reichswaldes gestaltet worden. Außerhalb der Dörfer entsprach es in etwa der vorher existierenden Waldparzellierung, innerhalb der Dörfer wurde es feinmaschiger angewandt. Auf diese Weise baute man die beiden geschlossenen Siedlungen und die außerhalb entlang der Straße liegenden Einzelhöfe mehr oder wenig linienförmig auf. Am weitesten von den Dorfsiedlungen entfernt entstanden landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe mit rund 15 ha Land, näher an den Dörfern Vollerwerbsbetriebe mit rund 7,5 ha, die sogenannten Einspannerstellen. An den Dorfändern baute man Gartenbaubetriebe mit 3,5 ha, innerhalb der Dörfer landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe, die mit je 1 bis 1,5 ha ausgestattet wurden. Hier legte man bis 1953 auch die sogenannten Kleinsiedlungen mit je 1200 m<sup>2</sup> an. Der Hauptberuf der Eigentümer von Nebenerwerbsbetrieben und Kleinsiedlungen lag außerhalb der Landwirtschaft. Nach Abschluß des Siedlungsverfahrens wurden die Dorfsiedlungen noch durch mehrere Wohnungen für nichtlandwirtschaftlich Tätige vergrößert. Das Zentrum der beiden Dorfsiedlungen ist ein rechteckiger Dorfplatz mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Kirche, Schule, Gasthaus. Der noch reichlich vorhandene Freiraum an den Dorfplätzen, der für weitere Gemeinschaftsbauten freigehalten worden war, wurde ab 1964 mit Einzelwohnungen zugebaut. Dorfsiedlungen wie Einzelhöfe liegen nicht an den vorhandenen Durchgangsstraßen, sondern im ehemaligen Waldgelände.<sup>52</sup>

---

<sup>51</sup> BRUNK (wie Anm. 47), S. 14; W. DAHMS, *40 Jahre Reichswalde (1950-1990)*, Kleve 1990, S. 31.

<sup>52</sup> *Rheinisches Heim* (wie Anm. 50); DAHMS (wie Anm. 51), S. 82.

Die räumliche Gestaltung der Siedlungsfläche hat ihren Ursprung sowohl in der preußischen inneren Kolonisation als auch in den Gestaltungsprinzipien für Neudörfer der 'Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung' der NS-Zeit. Während der Tätigkeit der staatlichen "Ansiedlungskommission" von 1885 bis 1914 wurden in den damals noch preußischen Provinzen Westpreußen und Posen zur Stärkung des Deutschtums in diesen von vielen Polnischsprachigen bewohnten Landesteilen zwei Grundtypen für die neuen Siedlungen entwickelt.<sup>53</sup> In den Teilgebieten mit einem recht niedrigen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil - das Deutschtum war nach damaligen Auffassungen hier am stärksten gefährdet - baute man Siedlungen nach dem sogenannten 'Dorfsystem' oder geschlossene Siedlungen. In solchen Dorfsiedlungen konnte sich wegen der engen nachbarlichen Lage eine neue deutsche Gemeinschaft am leichtesten bilden, sie war zugleich als eine Art Feste gegen die feindliche Umgebung gedacht. Falls eine Neusiedlung in einem stark deutschsprachigen Raum errichtet wurde, baute man sie nach dem sogenannten 'Hofsystem' auf. In einer solchen Streusiedlung wurde der Kontakt mit den Alteingesessenen gefördert, und die landwirtschaftlichen Interessen konnten stärker berücksichtigt werden. Der dem Betrieb gehörende Grund und Boden lag meistens in einem Schlag rund um den Hof. In den meisten Fällen wurden diese beiden Grundtypen nicht in reiner Form, sondern in Zwischenformen gehandhabt, je nach Bodenbeschaffenheit, Aufbau des ehemaligen Gutsbetriebes oder Nationalitätenverhältnisses. 'Reihendörfer' (linienförmige Siedlungen) oder 'Dorfkern-Reihendörfersiedlung' (geschlossene Dorfsiedlung mit linienförmigem Teilabschnitt) konnten unter solchen Verhältnissen entstehen. Zwar wurden die meisten Ansiedlungsdörfer auf Gütern gebaut, weil hier der bevölkerungspolitische Effekt am stärksten war, doch wurden auch manchmal Moorsiedlungen gebaut, bei denen die Reihenform mehr oder wenig vorgegeben war.

Die 'Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung' war die zentrale Raumplanungsstelle im Dritten Reich. Im Rahmen der Kolonisationsbestrebungen durch Ansiedlung von Deutschen in den eroberten Ostgebieten, vor allem in Polen und später auch in der Ukraine, wurden bestimmte Dorfformen mit dem Ziel entwickelt, die Integration dieser Gebiete in das Reich durch 'Eindeutschung' herbeizuführen. Die Grundbedingungen hatten vieles mit denen der Ansiedlungskommission gemein, in der Einrichtung jedoch sind bestimmte abweichende Merkmale bedeutend, die auch auf die Reichswaldsiedlungen zutreffen. Während bei den Vorschlägen der Ansiedlungskommission die Mischung unterschiedlicher Betriebstypen vorherrschte, schlug die 'Reichsarbeitsgemeinschaft' eine deutliche räumliche Trennung vor. Ein hierarchischer Aufbau ist durch die Trennung von Schichten gegeben: Großbetriebe wurden außerhalb, kleinere innerhalb der Siedlungen angesiedelt. Auf dem zentralen Dorfplatz wurde viel Raum für Gemeinschafts- und politische Einrichtungen

---

<sup>53</sup> Preußisches Landwirtschaftsministerium (Hrsg.), *Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit 1886-1906. Denkschrift des Herrn Landwirtschaftsministers über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation*, Berlin 1907, S. 47-50.

freigehalten, damit sich die 'Volksgemeinschaft' aller Schichten nach militärischen Maßstäben entfalten könne.<sup>54</sup>

Die Reichswaldsiedlungen sind nach der Typologie der Ansiedlungskommission mit dem System der 'Dorfkern-Reihendorfsiedlung' gleichzusetzen, d.h. sie sind einerseits nach den Anforderungen der Landwirtschaft, andererseits auch nach sozialpolitischen Gesichtspunkten aufgebaut. Man hat sich also nicht nur darum bemüht, die wirtschaftliche Existenz, sondern auch die Dorfgemeinschaft in einer möglicherweise gefährdeten Lage zu sichern. Dies wird noch bestätigt durch die Ähnlichkeit der Dorfgestaltung mit den Modellen der Reichsarbeitsgemeinschaft. Das gilt besonders für den Aufbau der Dorfplätze: die Anordnung von Schule und Kirche in Reichswalde weist große Ähnlichkeit mit der von Schule und 'Feierhalle' bei der Reichsarbeitsgemeinschaft auf. Auch das Freihalten größerer Räume an den Dorfplätzen für weitere Gemeinschaftsbauten ist beiden gemeinsam. Die Gestaltung der Siedlungen läßt somit ahnen, daß man sich bei der Planung des Aufbaus der geopolitisch bedeutsamen Lage bewußt war. In dieser Hinsicht muß auf die Ähnlichkeit mit den Siedlungsmustern der Emslandsiedlungen der Nachkriegszeit hingewiesen werden, deren Verteidigungsfunktion gegen niederländische Annektierungsbestrebungen unumstritten ist.<sup>55</sup>

#### 4.2. Rasche Verwirklichung

Das Siedlungsverfahren Reichswald wurde zum größten Teil in dem von Lübke geplanten Zeitraum von zwei Jahren abgeschlossen, was angesichts der knappen finanziellen Mittel eine erstaunlich kurze Zeit war. Unmittelbar nachdem im Sommer 1948 die Siedlungspläne fertig waren, der Ablauf geregelt war und Vertreter der betroffenen Region im September informiert worden waren, wurde mit der Abholzung und Reinigung des künftigen Siedlungsgebietes begonnen. Im Frühjahr 1949 waren diese Arbeiten beendet, und es wurde mit der Kultivierung begonnen. Zugleich wurden Wasserleitungen gelegt und Durchgangsstraßen befestigt. Dann fing man mit dem Bau der Siedlerstellen an. Zunächst wurden die Vollerwerbsbetriebe errichtet: 51 mit rund 15 ha, 25 mit 7,5 ha und 53 Gartenbaubetriebe. Im Oktober 1949 hatte man auch diese Arbeiten abgeschlossen. 1950 bis 1953 wurden die 83 Nebenerwerbsbetriebe und 86 Kleinsiedlungen gebaut. Aus dieser Reihenfolge läßt sich schließen, daß die Siedlungen zunächst auf Linderung der knappen Ernährungslage zielten, weshalb wegen der noch geringen Zahl außerlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten vorläufig auf Nebenerwerbsstellen und Kleinsiedlungen verzichtet wurde.

---

<sup>54</sup> P. WOLF, *Die Einfügung der bäuerlichen Siedlung in die Gesamtordnung des Raumes*, Berlin 1940, darin: *Ein Niedersachsendorf im Wartheland. Neues Bauerntum*, S. 363-369; SMIT (wie Anm. 34), S. 84-92.

<sup>55</sup> A. HILLEKE, *Der Anteil des Niedersächsischen Kulturamtes Meppen an der Emslanderschließung*, in: *Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes* 17 (1970), S. 76-81; SMIT (wie Anm. 34), S. 171.

Im August 1949 war 370 ha Roggen und Gras eingesät, die in diesem Jahr noch unter Aufsicht der Siedlungsgesellschaft 'Rheinisches Heim' geerntet wurden. Im November 1948 war schon die Siedlerauswahl abgeschlossen worden, Ende 1949 hatten sich 13 Neubauernfamilien, Anfang Juni 1950 schon 124 Familien angesiedelt. Die ersten Vollbauernfamilien waren hauptsächlich Einheimische, die schon mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen der Gegend vertraut waren. Sie bezogen zusammen mit 40 weiteren Bewerbern 1950 ihre Siedlerstellen. Vorher hatte diese Gruppe sich an der Kultivierung von Land und der Beratung von weiteren Kollegen beteiligt. Erst nachdem die landwirtschaftlichen Betriebe fertig waren, wurden die Versorgungseinrichtungen, meistens an den beiden zentralen Dorfplätzen, gebaut. 1952 konnten die beiden Schulen eingeweiht werden, die evangelische Kirche von Nierswalde und die katholische Kirche in Reichswalde im Jahre 1956. Am Aufbau hatten sich, gemäß dem Lübkeschen Versprechen, möglichst viele einheimische Unternehmen beteiligt.<sup>56</sup>

Übrigens verlief der ganze Prozeß nicht ganz so reibungslos, wie es sich auf Grund dieser Übersicht vermuten läßt. Der Kultivierungsablauf verzögerte sich teilweise. Obwohl die Arbeiten nach offizieller Berichterstattung schon halbwegs 1949 abgeschlossen waren, mußten noch im Winter und Frühjahr 1950 Flächen von Siedlern kultiviert werden. Deswegen konnte die Aussaat von Sommergetreide noch nicht erfolgen, und das 'Rheinische Heim' mußte noch Hilfe leisten. Die Erträge der Gartenbaubetriebe fielen 1950 niedriger als erwartet aus, weil sich herausstellte, daß neukultivierte Böden für den Anbau von Salat, Möhren, Zwiebeln und Bohnen ungeeignet waren und die Obstbäume durch Pilzbefall starben.<sup>57</sup> Allerdings sind solche und ähnliche Probleme normal bei Siedlungsverfahren, sie waren im Laufe der fünfziger Jahre meistens vorbei. Als schwerwiegender jedoch stellten sich die Schwierigkeiten bei den Vollerwerbsbetrieben mit 7,5 ha dar. Trotz intensiver Bodenbenutzung und zunächst guter Absatzmöglichkeiten konnten sich diese Betriebe auf längere Sicht wegen der geringen Betriebsgröße keine Vollexistenz sichern. In Nierswalde waren 1990 von insgesamt 13 dieser Einspännerstellen nur noch 4 als landwirtschaftlicher Betrieb übrig geblieben.

Die auftretenden enttäuschenden Ergebnisse erreichten manchmal sogar die überregionale Presse, wie aus einem Artikel in der *Welt* hervorgeht. Dies war unvermeidlich, weil die Landesregierung, insbesondere Landwirtschaftsminister Lübke, mit dem Siedlungsprojekt, das immerhin zu den größten in Nordrhein-Westfalen zählte, häufiger in die Öffentlichkeit trat. Das 'Rheinische Heim' reagierte allerdings immer ziemlich verärgert, war offenbar noch nicht mit den neuen demokratischen Verhältnissen im Lande vertraut. Den Kritikern warf es vor,

---

<sup>56</sup> GORISSEN (wie Anm. 3), S. 81-84; GORISSEN u.a. (wie Anm. 39); BRUNK (wie Anm. 47), S. 75; *Rheinisches Heim* (wie Anm. 50), S. 91-92; DAHMS (wie Anm. 51), S. 89.

<sup>57</sup> BRUNK (wie Anm. 47), S. 32-38; BECKHEUER (wie Anm. 43), S. 8.

sie scheuten kein Mittel, eine solche - für die sozialen Verhältnisse Deutschlands so wichtige - Arbeit wie die ländliche Siedlung ins Lächerliche zu ziehen.<sup>58</sup>

Aus dem Tempo der Verwirklichung der Reichswaldsiedlungen läßt sich schließen, daß zunächst vor allem die Verbesserung der Ernährungslage angestrebt wurde. Das rasche Vorgehen bei der Gründung von Vollerwerbsbetrieben sowie die Sorge um die Lebensfähigkeit dieser Betriebe weisen darauf hin. Von geringerer, aber nicht ganz zu vernachlässigender Bedeutung ist das Bestreben gewesen, durch ein rasches Vorgehen der Gefahr des Stilllegens zugunsten der Bodenreformsiedlung zuvorzukommen.

#### 4.3. Bevölkerungsaufbau

In weiten Kreisen lebte damals der Wunsch, durch die Aufsiedlung von Teilen des Reichswaldes eine Vergrößerung der Bevölkerungsdichte dieser Grenzregion zu erreichen. Nicht nur die fachlichen Fähigkeiten von Siedlungsbewerbern wurden deswegen bei der Auswahl berücksichtigt, auch die Familiengröße spielte eine wichtige Rolle mit. Bezüglich der Herkunft wurde, wie vorher schon erwähnt, eine Verteilung 1/3 Einheimische, 1/3 Vertriebene aus der Umgebung, 1/3 Vertriebene aus anderen Regionen angestrebt. In der Zuweisung der Stellen wurde dieser Schlüssel trotz des großen Andrangs - es gab über 2000 Bewerber - nur annähernd berücksichtigt: insgesamt gingen 153 Stellen oder 51% an Einheimische, Vertriebene erhielten 145 oder 49%. Die Zahl der Vertriebenen aus näherer Umgebung ist aus der Statistik nicht ersichtlich, lag jedoch auf jedem Fall unter 1/3 der Siedlerfamilien. Die Abweichungen von den angestrebten Verhältniszahlen können daraus erklärt werden, daß die Mehrheit der Vertriebenen aus weit entfernt gelegenen Gebieten geholt werden mußte und daß das Festhalten von Einheimischen, deren Hof zerstört worden war, ein genauso wichtiges Ziel des Siedlungsverfahrens war. Die Stellen mit 7,5 ha Land hatten 56% einheimische Eigentümer, die Betriebe um 15 ha jedoch nur 47%. Durch diese Verteilung war die Selbsthaftmachung von Einheimischen nur zum Teil gewährleistet, weil sich herausstellte, daß sich aus diesen kleinen Vollerwerbsbetrieben keine vollständige Existenz erwirtschaften ließ. Bei den Nebenerwerbsbetrieben und Gartenbaubetrieben waren Vertriebene verhältnismäßig stark vertreten, was in soweit merkwürdig war, als sie keine Erfahrung mit Landwirtschaft im Nebenerwerb oder Gartenbau hatten. Andererseits hatte das Siedlungsamt Kleve auf die Ansiedlung von Vertriebenen in Kleinsiedlungen gedrängt.<sup>59</sup>

Die geplante Trennung nach Konfessionen - evangelische Siedler hauptsächlich im Dorf A (Nierswalde), Katholiken in B und C (Reichswalde) - wäre nach wirtschafts- und sozialpolitischen Maßstäben fragwürdig gewesen, zumal dann die einheimischen Siedler hauptsächlich in Reichswalde, Vertriebene in Nierswalde gewohnt hätten. Durch den Aufbau der beiden Dörfer mit Vollerwerbs-, Neben-

---

<sup>58</sup> Akten *Rheinisches Heim*, Versch., Bd. I und IV.

<sup>59</sup> GORISSEN (wie Anm. 3), S. 73-76; BECKHEUER (wie Anm. 43), S. 8.

erwerbs-, Gartenbau- und Kleinsiedlerstellen und die unterschiedlich starke Zuweisung auf die einzelnen Betriebstypen kam doch eine gewisse Mischung von Konfessionen und Herkunftsgebieten zustande. Von den Siedlerfamilien in Reichswalde waren 38% Vertriebene, in Nierswalde gab es 24% Einheimische. Bezüglich der Konfession lag die Verteilung bei 8% Protestanten in Reichswalde und 11% Katholiken in Nierswalde. Wie empfindlich die Verteilung der Konfessionen für die betroffene Siedlungsbevölkerung war, wird aus einer Klage seitens der Bewohner von Nierswalde deutlich. Sie legten 1950 beim Landwirtschaftsministerium Beschwerde ein gegen die Ansiedlung von 20 katholischen Siedlern in ihrem Dorf.<sup>60</sup> Die Klage richtete sich insbesondere gegen die Zuweisung von Vollerwerbsbetrieben an diese Bewerber. Während alle Nebenerwerbsbetriebe von Nierswalde evangelischen Siedlern gehörten, waren nur 2/3 der Vollerwerbsbetriebe des Dorfes in ihrem Besitz, die übrigen gehörten Katholiken.

Wenn wir zunächst die Herkunftsorte der Siedler betrachten, dann können wir feststellen, daß die meisten der einheimischen Siedler aus der näheren Umgebung stammen. Hier deutet sich allerdings ein Unterschied zwischen Reichswalde und Nierswalde an. In Reichswalde, das mehrheitlich von Einheimischen bewohnt ist, kommen die meisten aus dem Kreis Kleve, nördlich des Reichswaldes, insbesondere aus Kleve, Hau und Materborn. Sie wurden verhältnismäßig stark auf Vollerwerbsbetrieben um 7,5 ha, Nebenerwerbsbetrieben und Kleinsiedlungen angesiedelt. Eine weitere Gruppe kommt aus dem Gartenbauzentrum Straelen und wurde auch in Reichswalde mit Gartenbaustellen versehen. Von den Vollerwerbsstellen um 15 ha wurden jedoch nur 62% Einheimischen zugewiesen. Insgesamt stammen in Reichswalde 98% der einheimischen Siedlerfamilien aus der ehemaligen Rheinprovinz. Dagegen weist die Minderheitsgruppe der Einheimischen von Nierswalde eine viel breitere Streuung nach Herkunftsgebieten auf. 76% der Einheimischen dieser Siedlung stammen aus der Rheinprovinz. Dies hängt deutlich mit der Bevorzugung evangelischer Siedler für Nierswalde zusammen, die im Rheinland verhältnismäßig schwach vertreten sind. Kleinere geschlossene Gruppen kommen aus den evangelischen Nachbarsiedlungen Pfalzdorf und Louisendorf.

Das Herkunftsbild der Vertriebenen gliedert sich im großen Ganzen nach den Religionsverhältnissen in den ehemaligen Ostgebieten. Evangelische Siedler stammen hauptsächlich aus den ostodrischen Teilen von Brandenburg und Pommern und aus Ostpreußen, katholische Siedler aus Schlesien. Doch ganz so eindeutig ist die Verteilung nicht. In Nierswalde wurden aus Schlesien neben 26 evangelischen auch 8 katholische Familien angesiedelt, andererseits kamen aus Ostpreußen neben 33 evangelischen noch 2 katholische Familien nach Nierswalde. In Reichswalde waren ebenfalls Ausnahmen zu verzeichnen: zwar kamen aus Schlesien 27 katholische Familien, allerdings auch 3 evangelische. Aus Ostpreußen stammten 10 katholische und 4 evangelische Familien, aus Brandenburg 6 katholische und 1 evangelische.

Weitere Siedlergruppen kamen aus anderen Teilen Zentraleuropas, sowohl aus den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen (Protestanten nach Nierswalde) als auch aus der Tschechoslowakei (Katholiken nach Reichswalde) und

---

<sup>60</sup> HStAD NW 132, Nr. 1111.

Siebenbürgen (zwei Protestanten in Nierswalde). Außerdem wurden einige Vertriebene aus dem Elsaß, den benachbarten Niederlanden und Belgien angesiedelt. Sowohl bei den Einheimischen als auch bei den Vertriebenen hat man manchmal bestimmte Ortsgruppen geschlossen angesetzt.<sup>61</sup>

Zusammenfassend kann man feststellen daß die Siedlerauswahl offenbar mit großer Sorgfalt stattgefunden hat, was zum Beispiel die Zuweisung von Siedlerfamilien auf unterschiedliche Typen von Siedlerstellen bezeugt. Die Ansiedlung kriegsgeschädigter einheimischer und vertriebener Landwirte wurde gleichermaßen berücksichtigt. Die verhältnismäßig starke Zuweisung kleinerer Vollerwerbsbetriebe an Einheimische (mit 7,5 ha und Gartenbaubetriebe) führte am Anfang allerdings kaum zur Ernährungs- und Existenzsicherung. Ebenfalls erschwerte die Gruppensiedlung nach Konfessionen die Verwirklichung der Ziele, hier konnte man bestimmt nicht, wie Lehmküller<sup>62</sup> behauptete, von der "brückenbildenden Kraft der Konfessionen" sprechen. Allerdings führte die Ansiedlung geschlossener Ortsgruppen, wie z.B. aus Straelen, zu einem insgesamt günstigen Ergebnis.

## 5. Entwicklungstendenzen

Eine Darstellung der Verwirklichung der Reichswaldsiedlungen ist unvollständig, wenn nicht einige Tendenzen in der Entwicklung nach der Fertigstellung verfolgt werden. Nachdem die Probleme der Anfangszeit überwunden worden waren, konnte bei den meisten Siedlerfamilien ein ständiges Wohlstandswachstum verzeichnet werden. Die Wirtschaftsgebäude, die am Anfang aus finanziellen Gründen möglichst klein gehalten waren, wurden meistens schon während der ersten zehn Jahre ausgebaut. Eine Bewährungsprobe mußten die Gartenbaubetriebe bestehen, weil sie sich als zu klein erwiesen. Ein Umschwenken von Gemüsebau auf Blumenzucht in Gewächshäusern war notwendig. Insbesondere mehrere von Vertriebenen geführte Betriebe in Nierswalde waren diesen Anforderungen nicht gewachsen und mußten aufgeben. Die weiteren schlossen sich zu einer Genossenschaft, der 'Siedlungsgemeinschaft', zusammen. Einheimische in Reichswalde konnten ihre Ortskenntnisse und Beziehungen zu den Verwandten und Kollegen in Straelen mit Erfolg ausnutzen. Der wachsende Absatzmarkt um Rhein und Ruhr zusammen mit den guten Absatzwegen wurde nicht nur vom Gartenbau, sondern auch von den anderen Landwirten wahrgenommen. Trotz der im Durchschnitt geringeren Betriebsgröße der Reichswaldsiedlungen im Vergleich zu umliegenden Altbauernbetrieben gaben verhältnismäßig wenig Landwirte ihren Betrieb auf. Durch die anwachsenden Arbeitsmöglichkeiten in der Umgebung, die Gründung von Reparatureinrichtungen mit überörtlichem Kundenkreis und Umschalten auf Blumenzucht konnten auch die

---

<sup>61</sup> GORISSEN (wie Anm. 39), S. 78-95.

<sup>62</sup> M.L. LEHMKÜLLER, *Die Reichswaldsiedlung. Ein Beispiel eines praktischen Versuches zur Lösung der Vertriebenenfrage*, in: *Soziale Welt* 2 (1950), S. 56.

Nebenerwerbsbetriebe ihre Existenzbasis stärken.<sup>63</sup> Die Reichswaldsiedlungen haben, bedingt durch die Wirtschaftskraft ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit, einen Beitrag geliefert zur Förderung der regionalen Wirtschaftslage. Damit war die Selbsthaftmachung der meisten Bewohner gesichert und eine wichtige Zielsetzung des Siedlungsverfahrens erfüllt. Trotz vieler Bemühungen gelang Vergleichbares bei vielen anderen Siedlungsverfahren nicht, was nicht nur durch die zu klein angesetzten Betriebsgrößen, sondern vielmehr durch die ungenügenden Marktverflechtungen bedingt war. Allerdings war auch der Standort der Siedlungen von Bedeutung. Die Lebensfähigkeit wurde deswegen auch durch das dauerhafte Anwachsen der gesamten Bevölkerungszahl des Klever Landes im Zusammenhang mit dem regionalen Wachstum nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze seit den sechziger Jahren und dem nationalen Wirtschaftswachstum bestimmt. Waren die Siedlungen in einer eher stagnierenden Region gegründet, wie häufig der Fall war, dann hatte diese Lage auch die Lebensfähigkeit dieser Siedlungen beeinträchtigt.<sup>64</sup> Bedingt durch die Gunst der wirtschaftlichen Umweltfaktoren wurden die Reichswaldsiedlungen in den siebziger und achtziger Jahren nicht nur Standort wirtschaftlicher Tätigkeit, sondern auch Wohnort von Pendlern.

## 6. Schlußfolgerung

In diesem Beitrag wurde versucht, die Ziele der Gründung der Reichswaldsiedlungen zu erforschen. Dabei haben wir Ideenbildung und Verwirklichung getrennt erörtert. Festzustellen war, daß die Ideen, die zur teilweisen Besiedlung des Reichswaldes geführt haben, von der Not der Einheimischen und der Vertriebenen getragen wurden. Es waren jedoch nationalpolitische Gründe, die dazu führten, daß die Ideen in die Tat umgesetzt wurden. Sie wurden bestärkt durch die Bestrebungen der Niederlande, diesen Teil Deutschlands zu annektieren. Damit das Verhältnis zu den Niederlanden nicht allzu stark belastet würde oder um Reaktionen seitens der Niederlande vorwegzunehmen, wurden die Pläne über die Besiedlung weitgehend im kleinen Kreis der Landesregierung in Düsseldorf, insbesondere beim Landwirtschaftsministerium um Heinrich Lübke, entwickelt. Durch diese Heimlichkeit erfuhr jedoch auch die betroffene Region erst von den Plänen, als sie kurz vor der Verwirklichung standen. Aus der gründlichen Überzeugungsarbeit Lübkes läßt sich schließen, daß er mit Widerstand im Klever Land gerechnet hatte. Auch seine früheren Erfahrungen im Siedlungswesen müssen ihm dabei geholfen haben. Seine Überzeugungskraft bewirkte in kurzer Zeit die Mitarbeit der örtlichen Stellen.

Aus der Beschreibung der Verwirklichung der Siedlungen kann man feststellen, daß nur die Gestaltung der Siedlungen nationalpolitische Züge erkennen

---

<sup>63</sup> ABS (wie Anm. 4), S. 142; J. BAHR/W. GOLTE, *Die Reichswaldsiedlung nach 25 Jahren. Entstehung und Entwicklung des jüngsten Kolonisationswerkes im Reichswald bei Kleve*, in: *Rheinische Heimatpflege* 14 (1977), S. 256-257; LEHMKÜLLER (wie Anm. 62), S. 61.

<sup>64</sup> SMIT (wie Anm. 34) und SMIT (wie Anm. 19), S. 173.

läßt. Im Auswahlverfahren wurde zwar neben Fachkenntnissen auch der Gemeinschaftssinn mitberücksichtigt, dies als Hinweis auf eine gezielte Abwehrpolitik anzusehen, scheint jedoch zu weit gegriffen. Vielmehr steht bei der Verwirklichung die Linderung der Not von möglichst vielen Einheimischen und Vertriebenen im Vordergrund. Daß hier auch das bevölkerungspolitische Ziel der Belebung der Grenzregion eine Rolle spielte, ist klar; die Annektierungsbestrebungen der Niederlande fielen jedoch kaum mehr ins Gewicht. Im Jahre 1949, also während der Aufbauphase der Siedlungen, wurde die Gefahr der Annektierung durch die Vereinbarung über kleine Grenzkorrekturen, aus der der Reichswald ausgenommen war, weitgehend gebannt.